

## Das Liberale Bürgergeld braucht ein digitales Bürgerkonto – Pilotprojekt der Finanzverwaltung auf den Weg bringen

Ein Staat, der es den Bürger:innen leicht macht, der den Verwaltungsaufwand für (Aus-)Zahlungen unbürokratisch, transparent und niedrigschwellig ermöglicht, kann nur mit einem Digitalisierungsbooster in der Verwaltung Realität werden. Kernstück einer solchen unmittelbar an das Konzept des „Liberalen Bürgergelds“ anschließenden digitalen Verbindung zwischen Staat und Bürger:innen sind entsprechend hinterlegte Daten und eine sichere Identifikationsmöglichkeit, so dass direkte Überweisungen von Unterstützungsleistungen sowie perspektivisch einfache (vor allem weitgehend automatisierte) (Steuer-)Zahlungen an den Staat ermöglicht werden.

Angesichts des enormen Rückstands der Digitalisierungsprojekte in der öffentlichen Verwaltung deutschlandweit soll Nordrhein-Westfalen, das mit dem unter liberaler Regierungsverantwortung geschaffenen Wirtschafts-Service-Portal bereits ein maßgebliches Digitalisierungsprojekt als Pionierarbeit umgesetzt hat, vorangehen und ein Pilotprojekt für entsprechende Strukturen im Sinne eines „Bürgerkontos“ umsetzen. Damit können Voraussetzungen geschaffen werden, Unterstützungsleistungen des Staates direkt und ohne bürokratischen Aufwand überweisen zu können. Dies betrifft zum einen Leistungen wie die aktuell gewährten Energiepreishilfen, perspektivisch aber auch die allgemeinen Sozialleistungen und konkret das im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien verankerte „Klimageld“.

Die Freien Demokrat:innen Nordrhein-Westfalen fordern von Landes- und Bundesregierung Engagement bei der Umsetzung von Projekten der Verwaltungsdigitalisierung:

1. Im Rahmen der Registermodernisierung soll die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung mit einem Pilotprojekt „Bürgerkonto“ vorangehen und Strukturen für eine zukünftig einfache und sichere Datennutzungs- und Überweisungsmöglichkeit schaffen. Dazu soll auf die vorhandenen Komponenten des Nutzerkontos „BundID“ und des Personalausweises mit Onlinefunktion aufgesetzt werden.
2. Mit dem Onlinezugangsgesetz macht die Bundesregierung einen Meilenstein in Richtung digitaler Verwaltung. Da alle Schritte der Digitalisierung durch den Fachkräftemangel in der Verwaltung selbst wie auch in der IT-Branche auf weitere verschärfende Rahmenbedingungen treffen, braucht es bei der Umsetzung Kreativität und Offenheit. Das Modellprojekt sollte im Sinne eines Reallabors konzipiert werden. Mit einem Aufruf für die technische Umsetzung sind nicht nur etablierte Unternehmen zu adressieren, sondern gerade auch die agile Startup-Szene sowie weitere Expert:innen. Der Logik geteilten Wissens und arbeitsteiligen Vorgehens folgend ist das Vorhaben analog zu den „Einer-für-Alle“-Projekten den anderen Bundesländern und dem Bund zur Mitarbeit bzw. späteren Nachnutzung anzubieten.
3. Die Landesregierung ist aufgefordert, mit einer breit wirksamen Informationskampagne für die Nutzung der Online-Ausweisfunktion des deutschen Personalausweises bzw. des Elektronischen Aufenthaltstitels und der Unionsbürgerkarte zu werben, die als Standard für die sichere Identifikation im Rahmen der Verwaltungsdigitalisierung gesetzt ist. Die Funktion und ihre zukünftig zentrale Rolle im digitalen Verhältnis von Staat und Bürger:innen ist noch weitgehend unbekannt, die bereits vorhandenen Einsatzmöglichkeiten werden kaum genutzt.
4. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Projekte der Verwaltungsdigitalisierung mit einer höheren Priorität anzugehen und voranzutreiben. In einer Zeit, in der große Teile der Bevölkerung mit Sorgen um ihre finanzielle Zukunft belastet sind, in der das Vertrauen in den Staat sinkt und in der die Unternehmen mit einer beschwerlichen Gleichzeitigkeit von wirtschaftlichen Sorgen und Transformationsanforderungen konfrontiert sind, wären erlebbare Fortschritte bei der Administration

von Unterstützungsleistungen und beim digital gestützten Abbau bürokratischer Belastungen wichtige Entlastungssignale. Da die digitale Transformation zudem nicht die Polarisierungsqualität anderer Themen hat, bietet sich damit auch die Chance, mit einer konstruktiven Zusammenarbeit und einer erfolgreichen Umsetzung dem von beteiligten Akteur:innen der Koalition ramponierten Image mit guter Sacharbeit entgegenzutreten.